

BGer 9C_840/2017 vom 23. Juli 2018

Unrechtmässig bezogene Rentenleistungen

Bei Rückforderung von Rentenleistungen ist die Verjährungsfrist rechtzeitig zu unterbrechen oder ein Verjährungseinredeverzicht einzuholen.

IN KÜRZE

Die Verrechnung von verjährten Rückforderungsansprüchen mit erst später fällig werdenden Rentenleistungen ist unzulässig. Mit der anstehenden Revision von Art. 35a BVG soll der Rückforderungsanspruch neu verwirken.

Ein Versicherter bezog von der Eidgenössischen IV ab 1. Februar 2000 bei einem Invaliditätsgrad von 100 Prozent eine ganze Invalidenrente. Aufgrund eines 2008 eingeleiteten Revisionsverfahrens hob die Eidgenössische IV die IV-Rente wegen eines nicht anspruchsbegründenden Invaliditätsgrads auf Ende Juni 2009, zunächst mit Verfügung vom 27. Mai 2009 (Invaliditätsgrad von 17 Prozent) und nach deren Aufhebung sodann mit Verfügung vom 16. August 2012 (Invaliditätsgrad von 30 Prozent), auf. Das Bundesgericht bestätigte am 3. Juli 2014 letztere Verfügung und einen Invaliditätsgrad von 37 Prozent.¹

Die Vorsorgeeinrichtung ihrerseits richtete dem Versicherten ab Februar 2001 eine infolge Überentschädigung gekürzte (volle) Invalidenrente und sodann ab 1. Oktober 2012 Invalidenleistungen auf der Basis eines Invaliditätsgrades von 30 Prozent aus. Per Ende September 2014 stellte sie ihre Leistungen ein. Sie begründete dies in einem Schreiben vom November 2014 damit, dass die im Zeitraum vom 1. Juli 2009 bis 30. September 2012 ausgerichteten Leistungen höher waren als die ab 1. Juli 2009 bis zur ordentlichen Pensionierung bei einem IV-Grad von 37 Prozent geschuldeten Leistungen.

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich schützte den Standpunkt der Kasse. Der Versicherte forderte vor Bundesgericht die Weiterausrichtung der Rentenleistungen ab 1. Oktober 2012 und die Feststellung, dass kein Rückforderungsanspruch der Kasse für die Zeit vom 1. Juni 2009 bis 30. September 2012 bestehe.

Erwägungen des Bundesgerichts

Gemäss Art. 35a BVG sind unrechtmässig bezogene Leistungen zurückzuerstatten. Davon kann abgesehen werden, wenn der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt. Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf eines Jahrs, nachdem die Vorsorgeeinrichtung davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber mit Ablauf von fünf Jahren seit Auszahlung der Leistung. Diese Bestimmung gilt auch im Überobligatorium und ohne reglementarische Grundlage. Die Kasse hat eine Rückforderungspflicht. Fest steht im Weiteren, dass die Fristen Verjährungs- und nicht Verwirkungsfristen sind.² Sie können deshalb unterbrochen und verjährte Ansprüche unter Umständen verrechnet werden.

Für den Beginn des Fristenlaufs ist es massgeblich, wann die Kasse bei zumutbarer Aufmerksamkeit den Rückerstattungsanspruch hätte erkennen müssen. Vorliegend ist dies der Fall mit Kenntnis der Kasse vom Bundesgerichtsentscheid vom 3. Juli 2014. Die Kasse darf sich auf die rechtskräftige IV-Verfügung verlassen, wenn sie reglementarisch an die Festlegungen im IV-Verfahren anknüpft und von eigenen Abklärungen entbunden ist. Das Schreiben der Kasse vom 24. November 2014 genügt jedoch nicht für die Unterbrechung der Verjährung des Rückforderungsanspruchs. Da der Versicherte den Rückforderungsanspruch nicht anerkannt hat, hätte die Kasse vielmehr mittels Einholung eines Verjährungseinredeverzichts, einer Betreibung oder einer Klage innert Jahresfrist seit Kenntnis des Rückforderungsanspruchs die Verjährung unterbrechen



Yolanda Müller
Rechtsanwältin,
CAS Berufliche Vorsorge (IRP-HSG), Basel

CAS Berufliche Vorsorge (IRP-HSG), Basel

¹ BGer 8C_384/2015.

² BGE 142 V 20.

müssen.³ Der Rückforderungsanspruch ist somit ein Jahr seit Kenntnis des Bundesgerichtsentscheids vom 3. Juli 2014 verjährt.

Unbestritten war vor Bundesgericht, dass die quartalsweise am 1. Juli und 1. Oktober 2009 ausbezahlten Rentenbetreffnisse infolge Ablaufs der absoluten fünfjährigen Frist im November 2014 verjährt waren.

Damit stellt sich die Frage, ob die Kasse die verjähren Rentenleistungen für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 30. September 2012 von rund 57 200 Franken mit den auf dem IV-Grad von 37 Prozent beruhenden Rentenforderungen des Versicherten verrechnen durfte.

Gemäss Art. 120 Abs. 3 OR kann eine verjäherte Rückforderung von Rentenleistungen zur Verrechnung gebracht werden, wenn sie zurzeit, wo sie mit der anderen Forderung verrechnet werden konnte, noch nicht verjährt war. Das Bundesgericht bestätigte, dass eine verjäherte Rückforderung bei einem Dauerschuldverhältnis nicht mit erst später fällig werdenden Rentenbetreffnissen verrechnet werden kann.

Die Kasse hatte für die Zeit vom 1. Oktober 2012 bis 30. September 2014 Leistungen aufgrund eines IV-Grads von 30 Prozent ausgerichtet. Für denselben Zeitraum hatte der Versicherte einen Nachzahlungsanspruch von rund 4600 Franken wegen des IV-Grads von 37 Prozent. Der Rückforderungsanspruch von 57 200 Franken der Kasse konnte mit diesem Nachforderungsanspruch verrechnet werden.

Zudem darf der Rückforderungsanspruch mit den im Zeitraum vom 1. Oktober 2014 bis zu seiner Verjährung am 30. September 2015 fälligen quartalsweisen Rentenbetreffnissen von rund 12 200 Franken verrechnet werden. Nicht mehr mit künftigen Rentenleistungen verrechnen konnte die Kasse dagegen ihren (verjähren) Rückforderungsanspruch von rund 40 400 Franken. Sie muss dem Versicherten vielmehr ab 1. Oktober 2015 wieder eine auf einen Invaliditätsgrad von 37 Prozent gestützte Rente ausrichten.

Demgegenüber wies das Bundesgericht das Begehren des Versicherten ab,

von der Rückforderung sei wegen grosser Härte und Gutgläubigkeit abzusehen.

Bemerkungen

Der Bundesgerichtsentscheid verdeutlicht, dass bei Dauerschuldverhältnissen nicht unbeschränkt mit künftigen Rentenleistungen verrechnet werden kann, sondern sich der Rückforderungsanspruch und die Rentenbetreffnisse mindestens eine «Sekunde» vor dem Verjährungseintritt zur Verrechnung gegenüber gestanden haben müssen.⁴ Massgebend sind somit die einzelnen Rentenbetreffnisse, nicht das Rentenstammrecht. In der Lehre wird dagegen die Möglichkeit der Verrechnung der Rückforderung mit weiterlaufenden Rentenzahlungen in den Schranken von Art. 125 Abs. 2 OR als zulässig erachtet.^{5,6}

Umso wichtiger ist es, dass die Verjährung der Rückforderung rechtzeitig mittels Betreibung oder Klage unterbrochen oder ein Verjährungseinredeverzicht eingeholt wird.

Anstehende Revision von Art. 35a BVG

Im Zuge der derzeitigen Revision des ATSG soll Art. 35a BVG geändert werden. Neu soll der Rückforderungsanspruch innert drei Jahren seit Kenntnis der Vorsorgeeinrichtung, spätestens aber nach fünf Jahren erlöschen.⁷ Die Verlängerung der relativen Frist auf drei Jahre ist zu begrüssen. Dagegen handelt es sich neu um Verwirkungsfristen, die nicht mehr durch einen Verjährungseinredeverzicht «gehemmt» werden können. Dies erheischt vielmehr eine gerichtliche Geltendmachung oder eine Betreibung (mit anschliessender Prosekution) innert Frist. Eine verwirkte Forderung ist erloschen und kann nicht mehr zur Verrechnung gebracht werden.⁸ Diese Auswir-

kungen sind für die Kassen nicht zu unterschätzen. Übersehen wird, dass Vorsorgeeinrichtungen im Gegensatz zu den dem ATSG unterstehenden Sozialversicherungsträgern die Rückforderung unrechtmässig bezogener Leistungen nicht per Verfügung selber anordnen können, sondern gerichtlich geltend machen müssen. Bei Cross-Border-Konstellationen verschärft dies die Situation für die Kassen zusätzlich. |

³ Art. 135 OR.

⁴ ZK-AEPLI, Art. 120 OR N 160.

⁵ Stauffer, Berufliche Vorsorge, N 1119 f.; Kahil-Wolff in: Schneider/Geiser/Gächter, Handkommentar zum BVG und FZG, BVG 35a N 15.

⁶ Nach Art. 125 Abs. 2 OR können Unterhaltsansprüche beziehungsweise Rentenzahlungen nur soweit verrechnet werden, als sie nicht zum Unterhalt des Gläubigers und seiner Familie unbedingt erforderlich sind.

⁷ BBl 2018 1675; die Inkraftsetzung ist frühestens per 1. Januar 2020 zu erwarten.

⁸ Dies im Unterschied zum vorliegenden Fall, bei dem eine Verrechnung der verjähren Forderung in den Schranken von Art. 120

Abs. 3 OR möglich war.

TF 9C_840/2017 du 23 juillet 2018

Perception illégitime de prestations de rente

Le délai de prescription doit être interrompu à temps ou une renonciation à l'exception de prescription doit être demandée, lors d'une demande de restitution de prestations de rente.

EN BREF

L'imputation des droits à la restitution prescrits sur des prestations de rente ultérieure n'est pas autorisée. Le droit à la restitution doit désormais être échu avec la révision imminente de l'art. 35a LPP.

Un assuré a perçu une rente d'invalidité complète de l'AI fédérale à partir du 1^{er} février 2000, pour un taux d'invalidité de 100%. À la suite d'une procédure de révision engagée en 2008, l'AI fédérale a annulé la rente AI à la fin juin 2009, au motif d'un taux d'invalidité non générateur de droits, dans un premier temps par une décision du 27 mai 2009 (taux d'invalidité de 17%) et après son annulation par une décision du 16 août 2012 (taux d'invalidité de 30%). Le 3 juillet 2014, le Tribunal fédéral a confirmé cette dernière décision et un taux d'invalidité de 37%.¹

De son côté, l'institution de prévoyance a versé à l'assuré une rente d'invalidité (complète) réduite suite à une surindemnisation à partir de février 2001, puis des prestations d'invalidité sur la base d'un taux d'invalidité de 30% à partir du 1^{er} octobre 2012. Fin septembre 2014, elle a mis fin au versement de ses prestations. Elle a justifié cette mesure dans un courrier de novembre 2014, au motif que les prestations versées entre le 1^{er} juillet 2009 et le 30 septembre 2012 étaient supérieures aux prestations dues à partir du 1^{er} juillet 2009 jusqu'à la retraite ordinaire avec un taux d'invalidité de 37%.

Le tribunal des assurances sociales du canton de Zurich a confirmé le point de vue de la caisse. L'assuré a exigé devant le Tribunal fédéral la poursuite du versement des prestations de rente à partir du 1^{er} octobre 2012 et la constatation qu'il n'existe aucun droit à la restitution de la caisse pour la période du 1^{er} juin 2009 au 30 septembre 2012.

Considérants du Tribunal fédéral

Aux termes de l'art. 35a LPP, les prestations touchées indûment doivent être restituées. Il est possible d'y renoncer lorsque le bénéficiaire était de bonne foi et serait mis dans une situation difficile. Le droit de demander la restitution se prescrit un an après le moment où l'institution de prévoyance en a eu connaissance, mais au plus tard cinq ans après le versement de la prestation. Cette disposition s'applique également dans le régime surobligatoire et sans base réglementaire. La caisse a une obligation d'exiger la restitution. Il est par ailleurs établi que les délais sont des délais de prescription et non des délais de péremption.² Ils peuvent donc être interrompus et les prestations prescrites peuvent éventuellement être imputées.

Pour le début du délai, il est déterminant de savoir quand la caisse aurait dû reconnaître le droit à la restitution en faisant preuve d'une attention raisonnable. Dans le cas présent, il s'agit du cas où la caisse avait connaissance de l'arrêt du Tribunal fédéral du 3 juillet 2014. La caisse peut se fier à la décision entrée en force de l'AI, si elle est liée au plan réglementaire aux constatations dans la procédure AI et est exemptée de ses propres investigations. Le courrier de la caisse du 24 novembre 2014 ne suffit cependant pas à interrompre la prescription du droit à la restitution. L'assuré n'ayant pas reconnu le droit à la restitution, la caisse aurait dû interrompre la prescription en demandant une renonciation à l'exception de prescription, en engageant une poursuite ou en intentant une action

¹ TF 8C_384/2015.

² ATF 142 V 20.

dans le délai d'un an suivant la prise de connaissance du droit à la restitution.³ Le droit à la restitution est donc prescrit un an après la prise de connaissance de l'arrêt du Tribunal fédéral du 3 juillet 2014.

Le Tribunal fédéral n'a pas constaté que les rentes versées trimestriellement le 1^{er} juillet et le 1^{er} octobre 2009 étaient prescrites suite à l'expiration du délai absolu de cinq ans en novembre 2014.

On peut ainsi se demander si la caisse avait le droit d'imputer les prestations de rente prescrites pour la période du 1^{er} janvier 2010 au 30 septembre 2012 d'environ 57 200 francs sur les droits à rente de l'assuré fondés sur un taux d'invalidité de 37%.

Selon l'art. 120 al. 3 CO, la restitution prescrite de prestations de rente peut être imputée, si elle n'était pas encore prescrite à la date à laquelle elle a pu être imputée sur l'autre créance. Le Tribunal fédéral a confirmé qu'une demande de restitution prescrite ne peut pas être imputée sur des rentes dues seulement à une date ultérieure, dans le cas d'un contrat de durée. La caisse avait versé des prestations sur la base d'un taux d'invalidité de 30% pour la période du 1^{er} octobre 2012 au 30 septembre 2014. L'assuré avait un droit au paiement rétroactif d'environ 4600 francs en raison d'un taux d'invalidité de 37% pour cette même période. Le droit à la restitution de la caisse de 57 200 francs a pu être imputé sur ce droit au paiement rétroactif.

Le droit à la restitution peut en outre être imputé sur les rentes versées trimestriellement entre le 1^{er} octobre 2014 jusqu'à sa prescription le 30 septembre 2015 d'environ 12 200 francs. La caisse n'a en revanche pas été en mesure d'imputer son droit (prescrit) à la restitution d'environ 40 400 francs sur les prestations de rente futures. Elle doit plutôt verser à l'assuré une rente fondée sur un taux d'invalidité de 37% à partir du 1^{er} octobre 2015.

A l'inverse, le Tribunal fédéral a rejeté la demande de l'assuré de renoncer à la restitution au motif qu'il était de bonne foi et serait mis dans une situation difficile.

Remarques

L'arrêt du Tribunal fédéral montre dans le cas de contrats de durée qu'une imputation illimitée avec de futures prestations de rente est impossible et que le droit à la restitution et les rentes versées devaient pouvoir être compensés au moins une «seconde» avant la survenance de la prescription.⁴ Ce ne sont donc pas les différentes rentes versées, mais le droit fondamental à la rente qui est déterminant. La doctrine juge en revanche admissible la possibilité de l'imputation de la demande de restitution sur les versements de rentes qui se poursuivent dans les limites de l'art. 125 al. 2 CO.^{5,6}

Il est d'autant plus important d'interrompre la prescription de la restitution en temps utile grâce à une poursuite ou à une action ou de demander une renonciation à l'exception de prescription.

Révision imminente de l'art. 35a LPP

L'art. 35a LPP doit être modifié dans le sillage de la révision actuelle de la LPG. Désormais, la demande de restitution doit s'éteindre dans les trois ans suivant la prise de connaissance par l'institution de prévoyance, mais au plus tard après cinq ans.⁷ La prolongation du délai relatif à trois ans doit être saluée. Il s'agit en revanche désormais de délais de péremption, qui ne peuvent plus être «inhibés» par une renonciation à l'exception de prescription. Cela implique plutôt un exercice en justice ou une poursuite (sui- vie d'une obligation d'agir au principal) dans les délais. Une créance périmée est éteinte et ne peut plus être imputée.⁸

Ces conséquences ne doivent pas être sous-estimées par les caisses. On oublie que les institutions de prévoyance ne

peuvent pas ordonner elles-mêmes au moyen d'une décision la restitution des prestations illégitimement perçues, mais doivent les faire valoir en justice, contrairement aux assureurs sociaux soumis à la LPG. La situation est encore plus complexe pour les caisses dans les cas transfrontaliers. |

Yolanda Müller

³ Art. 135 CO.

⁴ ZK-AEPLI, Art. 120 OR N 160.

⁵ Stauffer, Berufliche Vorsorge, N 1119 f.; Kahil-Wolff in: Schneider/Geiser/Gächter, Handkommentar zum BVG und FZG, BVG 35a N 15.

⁶ Selon l'art. 125 al. 2 CO, les aliments ou les versements de rentes ne peuvent être compensés que s'ils ne sont pas absolument nécessaires à l'entretien du débiteur et de sa famille.

⁷ FF 2018 1675; l'entrée en vigueur n'est pas prévue avant le 1^{er} janvier 2020.

⁸ A la différence du cas présent, où une imputation de la créance prescrite était possible dans les limites fixées à l'art. 120 al. 3 CO.